

informationen

der Mobilen Beratung

für Opfer rechtsextremer Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Rechtsextremismus

Liebe LeserInnen,
liebe FreundInnen,

die aktuellen Kampagnen von Neonazis aus NPD und Freien Kameradschaften, aber auch zivilgesellschaftliche Handlungsoptionen bilden den Schwerpunkt der „informationen“ im Frühjahr 2005. Anlässe für diese Themenwahl gibt es derzeit reichlich: Neonazis und NPD sind momentan fest entschlossen, den Aufwind durch den NPD-Wahlerfolg in Sachsen regional auszubauen. Dabei setzen sie zum einen offen auf einen positiven Bezug zum Nationalsozialismus und zum anderen auf die so genannte Soziale Frage. Damit gelingt es den Neonazis einerseits die eigenen AktivistInnen und SympathisantInnen zu mobilisieren, andererseits aber auch gesellschaftliche Debatten mit zu beeinflussen. In der Rubrik „Unter die Lupe genommen“ und im Interview wird darauf näher eingegangen.

Das gesteigerte Selbstbewusstsein der extremen Rechten drückt sich auch in der Zunahme rechter Gewalttaten im Jahr 2004 aus. Um über 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr sind die Angriffe auf MigrantInnen

und Flüchtlinge sowie nicht-rechte und alternative Jugendliche und junge Erwachsene gestiegen. Einen Zuwachs rechter Gewalt in dieser Höhe haben sowohl das Innenministerium in Magdeburg als auch die Mobile Opferberatung registriert. Schaut man sich dann die konkreten Zahlen an, werden allerdings Unterschiede deutlich. Das Innenministerium meldet für das Jahr 2004 eine Anzahl von 73 politisch rechts motivierten Gewalttaten, darunter 25 fremdenfeindliche und zwei antisemitische Gewaltdelikte. Für das Jahr 2003 hatte das Innenministerium 53 politisch rechts motivierte Gewaltdelikte festgestellt. Die Mobile Opferberatung registrierte für das Jahr 2004 109 Gewaltdelikte mit rechten oder rassistischen Hintergrund; im Jahr 2003 waren dem Projekt 77 einschlägige Fälle zur Kenntnis gelangt.

Die Mobile Opferberatung reagiert auf diese Entwicklung nicht alleine mit der Unterstützung für die Betroffenen, sondern auch mit Angeboten u.a. für MultiplikatorInnen, die an zivilgesellschaftlichen Handlungs-

möglichkeiten interessiert sind. Deshalb hat die Mobile Opferberatung im vergangenen Jahr die „Infotour gegen Rechts“ begonnen. Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ hat die „Infotour“ im Februar im Stadthaus von Halle mit einem Demokratiepreis ausgezeichnet. Ab April wird die „Infotour“ in diesem Jahr fortgesetzt. Das erweiterte Workshop-Angebot umfasst nun auch ein Modul zu Handlungsmöglichkeiten in Schulen und Jugendeinrichtungen, die mit rechten und rechtsextremen Jugendlichen und jungen Erwachsenen konfrontiert sind.

Zum Jahresanfang 2005 gehört auch der Tod des 21-jährigen Flüchtlings Oury Jalloh am 7. Januar im Polizeirevier von Dessau. Gemeinsam mit den FreundInnen und Angehörigen des Toten sowie antirassistischen Initiativen hoffen wir auf eine vollständige Untersuchung der Todesumstände und trauern um einen jungen Mann, der in Deutschland auf ein Leben in Sicherheit und Würde gehofft hatte. ■

Mobile Beratung

für Opfer rechtsextremer Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Funk: 0170/2 92 53 61
opferberatung.md@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

Salzwedel

Sonnenstr. 2; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Funk: 0170/2 90 41 12
opferberatung.nord@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

Halberstadt

c/o ASB
Voigtei 38; 38820 Halberstadt
Tel.: 03941/62 18 00 Funk: 0170/2 94 83 52
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

Halle

c/o Blickpunkt Opfer Sachsen-Anhalt e.V.
Reilstr. 78; 06114 Halle
Tel.: 0345/5 48 38 51 Funk: 0170/2 94 84 13
opferhilfesued@yahoo.de
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 18 Uhr

31. Dezember/ Halberstadt

Gegen drei Uhr nachts wird ein alternativer Jugendlicher auf der Straße von einem Neonazi angegriffen. Der Betroffene ist mit mehreren nicht-rechten Jugendlichen zu einem Café unterwegs. Auf die Gruppe wird eine Flasche geworfen. Sekunden später wird der 19-Jährige von hinten attackiert: Der Angreifer versucht, ihm die Füße wegzutreten. Dann wird der Gymnasiast an der Kapuze über die Straße geschleift, der Angreifer tritt ihm ins Gesicht. Kurz darauf gelingt es dem Betroffenen zu flüchten. Ein Begleiter, der ihm zu Hilfe eilen wollte, bekommt u.a. einen Faustschlag aufs Ohr, kann aber ebenfalls fliehen. Der Gymnasiast muss mit einem Nasenbeinbruch vier Tage stationär, sein Begleiter ambulant behandelt werden. Es wurde Anzeige erstattet.

Unter die Lupe genommen:

Rechte Aktionen zur sozialen Frage und Geschichtsvermittlung

Das allorts gesteigerte Selbstbewusstsein der extremen Rechten ist derzeit auch in Sachsen-Anhalt sichtbar. Rund 1.000 Rechte demonstrierten am 15. Januar 2005 in Magdeburg. Der vorgeschobene Anlass: Die Bombardierung der Stadt vor 60 Jahren durch die Alliierten im Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland. Auffällig an dem Aufmarsch war der starke regionale Bezug der TeilnehmerInnen: Mindestens die Hälfte der Rechten kam aus dem Umfeld der militanten neonazistischen Freien Kameradschaften in den größeren und kleineren Kommunen in Sachsen-Anhalt; hinzu kamen TeilnehmerInnen von Freien Kameradschaften aus den angrenzenden Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.

Vier Wochen später, am 13. Februar, bot sich aus gleichem Anlass bei dem mit über 6.000 TeilnehmerInnen größten Neonazi-Aufmarsch in Deutschland seit Jahren ein ähnliches Bild wie in Magdeburg. In der zentralen Funktion als Ordner traten bei beiden Demonstrationen im übrigen Aktivisten aus einer der drei aktivsten Kameradschaften aus Sachsen-Anhalt auf, der so genannte Selbstschutz Sachsen-Anhalt (SS/SA).

NPD am 1. Mai in Magdeburg

Ende Februar teilte die NPD nun mit, sie wolle gemeinsam mit Teilen der Freien Kameradschaften am 1. Mai in Magdeburg unter dem zentralen Motto „Weg mit Hartz IV – das Volk sind wir“ demonstrieren. Als Redner angekündigt ist bislang u.a. der langjährige norddeutsche Neonazikader und Führungsfigur der militanten Freien Kameradschaften, Thomas „Steiner“ Wulff, der schon am 15. Januar 2005 als einer der Hauptredner auftrat.

Bei der Demonstration in Magdeburg handelt es sich um einen von zwei NPD-Aufmärschen zum 1. Mai. Der zweite Aufmarsch ist in Nürnberg geplant. Sachsen-Anhalts Neonazis stehen jedoch derzeit vor der Alternati-

ve: Am 1. Mai mit der NPD durch Magdeburg zu marschieren, oder ohne die NPD durch Leipzig. Hier will Christian Worch mit dem aktionsorientierten Teil der Freien Kameradschaften durch den alternativen Stadtteil Connewitz ziehen, um seine Führungsposition in der extremen Rechten zu behaupten und diejenigen Neonazis auf die Straße zu bringen, die dem Integrationsangebot der NPD skeptisch gegenüberstehen.

Regionale Neonaziaktivitäten

Auch regional bestimmen die Themenfelder „Soziale Frage“ und positiver NS-Bezug die Aktionen der extremen Rechten: In Köthen verkünden Republikaner-Funktionäre den Aufbau eines „Nationalen Kindergartens“; in Tangerhütte wollten sich Mitte Februar rund 30 organisierte Rechte aus dem Spektrum der Kameradschaft Tangerhütte an die Spitze der dortigen Montagsdemonstration setzen. Und in Dessau will Christian Worch mit den regionalen Neonazi-Kameradschaften – allen voran dem „Nationalen Widerstand Anhalt/Zerbst“ – am 12. März zum 60. Jahrestag der alliierten Bombardierung der Stadt demonstrieren. Rechte Demonstrationen haben unweigerlich einen Anstieg rechter Gewalt zur Folge. Wie zum Beispiel am 15. Januar, als Neonazis auf der Heimreise vom Magdeburger Aufmarsch im Regionalexpress einen Studenten aus Kuwait angriffen und verletzten.

Rechten Demos entgegen treten

Dass es möglich ist, Rechten und ihren Aktivitäten entgegen zu treten, hat das „Bündnis gegen Rechts“ in Magdeburg am 15. Januar gezeigt. Durch eine Demonstration, eine Menschenkette und Blockadeaktionen wurde der Tag für die Rechten keineswegs zum vollen Erfolg. Ein Beispiel, das sowohl Magdeburg als auch andere Kommunen ermutigen sollte, weiterhin offensiv und entschieden gegen Demos und andere Aktivitäten der extremen Rechten Zivilcourage zu zeigen. ■

Erheblicher Anstieg rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt

Mobile Opferberatung registriert über ein Drittel mehr Gewalttaten als im Vorjahr

„Wir brauchen ein wachsaues und entschlossenes Vorgehen“, sagte Sachsen-Anhalts Innenminister Klaus Jeziorsky (CDU) Anfang Januar angesichts einer drohenden gemeinsamen Kandidatur von DVU, NPD und militanten Freien Kameradschaften zur Wahl des Magdeburger Landtags 2006. Ein wachsaues und entschlossenes Vorgehen gegen die Aktivitäten der Rechten ist allerdings nicht nur notwendig, wenn ihr Einzug in das Landesparlament droht – dies beweist der starke Anstieg rechter Gewalt im Land, den die Mobile Opferberatung im Jahr 2004 verzeichnen musste.

Insgesamt 109 Angriffe mit rechtem oder rassistischen Hintergrund hat die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt im vergangenen Jahr registriert. Damit ist die Zahl der bekannt gewordenen Angriffe mit rechter und rassistischer Motivation im Vergleich zum Vorjahr um über 30 Prozent gestiegen. Im Jahr 2003 wurden nach einem Fallabgleich der Mobilen Opferberatung mit dem Landeskriminalamt 77 Fälle rechtsextremer und rassistischer Gewalttaten bekannt.

Traurige Spitzenposition

Dass die Entwicklung in Sachsen-Anhalt kein Einzelfall ist, zeigen die Zahlen der Opferberatungsstellen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin. Sie registrierten im Jahr 2004 insgesamt 551 rechtsextreme Angriffe. Die meisten dieser Gewalttaten ereigneten sich in Sachsen (146), gefolgt von Brandenburg (136) und Sachsen-Anhalt (109). Von den 109 in ihrer Intensität sehr unterschiedlichen Angriffen in Sachsen-Anhalt waren mindestens 182 Personen direkt betroffen.

In Kooperation mit der Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in Dessau wurde das Team der Mobilen Opferberatung im Jahr 2004 auf Grund von 85 Angriffen aktiv. Bedarfsgerechte Hilfsangebote konnten 121 Personen unterbreitet werden, wobei sich der Beratungszeitraum bei 51 Betroffenen über mehr als sechs Monate erstreckte.

In Sachsen-Anhalt ragen mit 27 Gewalttaten die Stadt Dessau und Umgebung, gefolgt von der Harzregion mit 23 Angriffen und der Stadt Magdeburg mit zwölf bekannt gewordenen Angriffen mit fremdenfeindlicher und rechter Motivation heraus. Nach wie vor gehören nicht-rechte, alternative und linke Jugendliche sowie AsylbewerberInnen und MigrantInnen zu den Hauptbetroffenengruppen.

Hauptbetroffene: Alternative Jugendliche und Nichtdeutsche

Die Mobile Opferberatung registrierte unter den Betroffenen rechter Gewalt 99 nicht-rechte Jugendliche und junge Erwachsene sowie 44 Flüchtlinge und MigrantInnen. In der Mehrheit der Fälle haben die Betroffenen Anzeige erstattet. Auffällig ist, dass Angriffe auf MigrantInnen und Asylsuchende überwiegend in alltäglichen Situationen und an alltäglichen Orten stattfinden, beispielsweise an Haltestellen, Bahnhöfen oder in öffentlichen Nahverkehrsmitteln. Die Täter handeln zumeist spontan und in Gruppen – sie agieren offen, selbstbewusst und fühlen sich offensichtlich legitimiert, ihre Fremdenfeindlichkeit mit Gewalt zum Ausdruck zu bringen. Im Gegensatz dazu gehen rechten Angriffen auf alternative oder als links geltende Jugendliche und junge Erwachsene oftmals genaue Planungen der Täter voraus, die in vielen Fällen dem Umfeld von Freien Kameradschaften zuzurechnen sind.

Auch wenn die DVU im Landtag Sachsen-Anhalts seit 2002 nicht mehr vertreten ist, von Entwarnung kann keine Rede sein. Rechte und fremdenfeindliche Gewalt gehört in vielen Regionen des Landes zum Alltag von Menschen, die auf Grund ihrer Hautfarbe oder ihres sozialen Status von rechten Schlägern verfolgt werden. Wachsaues und entschlossenes Handeln an der Seite der Betroffenen ist und wird also auf absehbare Zeit notwendig sein. ■

8. Januar/Magdeburg

Gegen 2.35 Uhr wird ein 22-jähriger Mann aus Burkina Faso in einem Bus im Stadtzentrum auf dem Weg zum Hauptbahnhof rassistisch beschimpft. Sie rufen u.a.: „Neger, was machst Du in Deutschland?“ Als der Betroffene beim Busfahrer Hilfe suchen will, wird er von den beiden Männern mehrfach getreten und geschlagen. Dann flüchten die Angreifer. Der 22-Jährige muss mit einer Platzwunde am Kopf ambulant behandelt werden. Die Polizei nimmt kurz danach zwei polizeibekannte 18- und 19-Jährige als mutmaßliche Täter fest.

12. Januar/Wernigerode

Auf dem Weg zur Berufsschule wird ein 18-jähriger Punk von zwei Rechten beschimpft. Später greifen die beiden Rechten den Punk und einen Freund auf dem Schulhof an. Dem Freund wird mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Den Punk trifft eine Bierflasche am Hinterkopf. Die Rechten pöbeln noch einen weiteren Schüler an. Als ein Aufsichtslehrer versucht, die Angreifer vom Schulhof zu verweisen, versetzt ihm ein Rechter einen Schlag auf die Schulter. Einer der Betroffenen muss im Krankenhaus ambulant behandelt werden. Die stark alkoholisierten, 22- und 24-jährigen Täter werden kurz nach dem Angriff am Bahnhof in Halberstadt festgenommen. Sie sind der Polizei einschlägig bekannt.

Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai

ausführliche Angaben unter www.mobile-opferberatung.de :

Dessau, 7. März, 17.30 Uhr Friedhof III, Haupteingang

Das Alternative Jugendzentrum e.V. Dessau, die Antifa Dessau und die Antifa Action Crew (ACC) rufen zur Kranzniederlegung „In Gedenken an die in Dessau getöteten ZwangsarbeiterInnen“ auf.

Dessau, 7.-29. März Dessauer Rathaus (Altbau)

Ausstellung „Eine alltägliche Bedrohung – aktueller Antisemitismus in Deutschland und Europa“. Infos: Dessauer Bündnis gegen Rechtsextremismus, c/o Koordinierungsbüro oder ProjektgegenPart.

Gedenkstätte Bernburg, 8. März, 15-18 Uhr

Lehrerfortbildung: „Jugendliche beschäftigen sich mit der Zeit des Nationalsozialismus“, Teil 2: Das Projekt (Film). Referentin: Jana Müller, Alternatives Jugendzentrum Dessau

Dessau, 9. März, 18 Uhr Alternatives Jugendzentrum

Film: „Vor der Haustür – Orte des nationalsozialistischen Terrors im heutigen Sachsen-Anhalt“

Magdeburg, 11. März, 20 Uhr Feuerwache, Sudenburg

Esther Bejarano liest aus ihrem Buch „Wir leben trotzdem“, anschließend Konzert.

Dessau, 18. März, 21.30 Uhr Alternatives Jugendzentrum

Konzert. Alle Erlöse dieses Konzertes kommen den Veranstaltungen des Alternativen Jugendzentrums mit Überlebenden aus Konzentrationslagern zugute.

Gedenkstätte Langenstein- Zwieberge, 8.-11. April

Tage der Begegnung und Tag der Befreiung; mit Überlebenden des Konzentrationslagers und einem Arzt der Division der US-Armee, die die Häftlinge befreite.

„Wir haben es mit einer geschichtspolitischen Offensive der extremen Rechten zu tun“

Interview mit David Begrich, Referent für politische Bildung bei Miteinander e.V.

Die extreme Rechte versucht dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus ihren Stempel aufzudrücken. Mit gezielten Provokationen wie im sächsischen Landtag, aber auch mit zahlreichen Aufmärschen propagiert sie ein Geschichtsbild, in dem deutsche Täter als die wahren Opfer erscheinen. Wir sprachen mit David Begrich über rechte Geschichtsmysmen und eine Erinnerungskultur, die dem rechten Geschichtsrevisionismus entgegensteht.

Am 15. Januar marschierten rund 1.000 Neonazis in Magdeburg durch die Innenstadt. Anlass war der 60. Jahrestag der Bombardierung der Stadt. Am 12. März haben Neonazis in Dessau aus gleichem Anlass angekündigt, zu demonstrieren.

Was steckt hinter diesen Aktivitäten?

Wir haben es hier mit einer geschichtspolitischen Offensive der extremen Rechten zu tun, die versucht, ein rechtsextremes Identitätsthema zu aktualisieren: Nämlich die nationalsozialistische Vergangenheit, die die extreme Rechte seit 60 Jahren nicht los lässt. Hinter diesen Aktivitäten steckt das Bestreben, emotionale und politische Identität in die Szene hinein zu vermitteln und sie so zu stärken. Und dahinter steckt der Versuch einer rechtsextremen Akzentsetzung im Kontext des öffentlichen Diskurses über die deutschen Opfer der Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg.

Insofern ist es sicherlich auch kein Zufall, dass sich die lokale militante Freie Kameradschaft in Magdeburg „Festungsstadt“ nennt?

Das ist beileibe kein Zufall. Was in der Namensgebung Aufnahme findet, ist die Propaganda-Leistung des NS-Systems, alte Garnisonsstädte wie Magdeburg in der Endphase des Nazi-Reichs zu Festungsstädten erklärt zu haben. Wenn man dann auf der Homepage der Magdeburger Kameradschaft mit dem Sinnspruch begrüßt wird „Unsere Mauern brachen, unsere Herzen nicht“, ist das jedoch auch von jedem NS-Propagandisten kaum mehr zu übertreffen.

Im Ernst: Die lebensweltliche Attraktivität und kulturelle Reproduktionsfähigkeit des heutigen Rechtsextremismus hat nur noch am Rande etwas mit der NS-Vergangenheit zu tun. Als Rechter kann man am Rudolf-Hess-Marsch teilnehmen, ohne dass dies zur Voraussetzung hätte, dass man eine Biografie des NS-Kriegsverbrechers Hess gelesen hat. Deshalb ist der Ruf, man müsse mit Jugendlichen mehr über Auschwitz reden, meines Erachtens zu kurz gegriffen. Die aktuelle rechte Jugendkultur bezieht ihre Stärke nicht aus der NS-Ideologie, sondern weil sie den Jugendlichen kulturelle und politische Deutungen bietet, die ihre rassistischen und antisemitischen Ressentiments und ihre Gewalt legitimieren.

Anlässlich des Neonazi-Aufmarschs in Magdeburg forderte z.B. Innenminister Klaus Jeziorsky die Magdeburger auf, sich nicht an der Demonstration der extremen Rechten zu beteiligen und sie mit Nichtachtung zu strafen. Ist das ein adäquates Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus?

Derartige Aufforderungen gab es in der Vergangenheit des öfteren. Hinter solchen Aufforderungen steht die Auffassung, die Bedeutung der Neonazis werde abnehmen, wenn man sie nicht beachtet. Wenn man damit auf den einen oder anderen aufgeregten Mediendiskurs schießt, mag an der These etwas dran sein. Für die lokale bzw. regionale Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist dieser Vorschlag jedoch untauglich. Denn die Neonazis sind da. Während eines Aufmarsches verhalten sich die Rechten ohnehin so, als würden sie eine ganze Stadt dominieren, was sie in der Tat temporär ja auch tun – sie mobilisieren die Polizei, GegendemonstrantInnen und bestimmen die öffentliche Diskussion. Mit anderen Worten: An der Tatsache, dass sie ihre Inhalte auf die Straße tragen, kann man nicht vorbeisehen. Insofern muss man sich offensiv mit ihnen auseinandersetzen. Tut man das nicht, vermittelt man den Eindruck, man habe ihnen nichts entgegen zu

setzen, teile die Inhalte oder akzeptiert einfach, dass die Neonazis unkommentiert ihre Inhalte in die Öffentlichkeit tragen – alle drei Haltungen sind fatal.

Was sind Ihrer Meinung nach die zentralen Elemente rechter Geschichtsmymthen?

Ich glaube, das zentrale Element der extrem rechten Geschichtspolitik ist der Versuch, nationalsozialistische Politik von ihren Verbrechen zu entkoppeln und sie darüber zu normalisieren. Damit will man ein nationales Narrativ konstruieren, dass es sich im Nazi-Reich ganz gut leben ließ – was ja für die Mehrheit der Bevölkerung auch zutrifft. Allerdings führt diese Entkopplung zwischen dem Nationalsozialismus als System und seinen Verbrechen zu einem bruchlosen Geschichtsrevisionismus, der behauptet, man könne die guten Seiten des Nationalsozialismus für heutige gesellschaftliche Diskussionen reaktualisieren. Wichtig ist zu verstehen, dass es der extremen Rechten letztlich nicht um eine originalgetreue Wiederholung des Hitlerismus geht. Ihr geht es vielmehr um eine modernisierte Reaktualisierung nationalsozialistischer Inhalte. Aktuell bemüht die extreme Rechte dafür einen Opferdiskurs. Aber in ihrem ideologischen Rückgriff auf den Nationalsozialismus handelt sie nach dem Motto: Es war nicht alles schlecht. Wenn sie heute den Opferstatus der Deutschen betont, so deshalb, weil das für sie das Einfallstor in den etablierten öffentlichen Diskurs darstellt.

Wo sehen Sie hier die Schnittmenge?

Die aktuelle Schnittmenge sehe ich überall dort, wo die persönliche Erinnerung an den Bombenkrieg öffentlich thematisiert wird. Dabei will ich niemandem die Erfahrung von persönlichem Leid und Verlust absprechen; dafür muss es auch Raum und Orte geben. Zum Problem wird das allerdings, wenn die individuelle Opfererfahrung zu einem nationalen Narrativ wird. Wenn daraus also eine Erzählung wird, die behauptet, auch wir als Deutsche sind Opfer gewesen – und zwar unterschiedslos zu den sonstigen Opfern des Nationalsozialismus. Also eine Gleichsetzung mit den Opfern stattfindet, an deren Ausgrenzung sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung beteiligt hatte. Hier sehe ich die Schnittmenge. Und diese Schnittmenge lässt sich auch nicht verwischen, in dem man sagt, die Brandfackel, die die Synagogen in Brand gesetzt hat, ist nach Magdeburg und Dresden zurückgekehrt. Da macht man es sich zu einfach. Man muss meines Erachtens in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung den deutschen Opferdiskurs zurück-

weisen. Denn nur so kann auch der rechts-extreme Geschichtsrevisionismus zurückgewiesen werden.

Wie sollte eine solche Auseinandersetzung Ihrer Ansicht nach aussehen?

Man muss sich in der erinnerungspolitischen Arbeit auf diejenigen konzentrieren, von denen die Nationalsozialisten wollten, dass sie nie mehr eine Stimme haben, nämlich die eigentlichen Opfer nationalsozialistischen Völkermords und Verfolgung.

Das Problem ist jedoch, dass die so genannte Flakhelfer-Generation meint, ihre Traumata kollektiv aufarbeiten zu müssen. Dieses Bemühen trifft auf eine historische Situation, in der sich die Frage nach der Zukunft des Erinnerens ohnehin stellt, da der Nationalsozialismus in absehbarer Zeit nicht mehr Zeitgeschichte, sondern Historie ist. Insofern erleben wir gegenwärtig auch eine Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über den deutschen Faschismus. Heute wird darum gerungen, wer in Zukunft die Deutungshoheit über den Nationalsozialismus innehaben und von wem sie bestimmt wird.

So lange das Thema Rechtsextremismus entweder gar nicht oder nur konjunkturell diskutiert wird und die gesellschaftlichen Mainstream-Diskurse nicht nach den Schnittmengen zum Rechtsextremismus abgeklopft werden, so lange ist es sehr leicht möglich, dass es bestimmte Wanderungsbewegungen von Ideologie-Elementen gibt, die man zuvor nur Rechtsaußen gefunden hat und die nun in der Mitte der Gesellschaft zu finden sind. So löst z.B. der Film „Der Untergang“ bei Nazis natürlich Sieg-Heil-Rufe aus, und die Mehrheit der Zuschauer zeigt sich fasziniert, dass hier Hitler auch mal als Mensch gezeigt wird. Wenn dazu übergegangen wird, Hitler als Mensch zu zeigen, muss man sich meiner Meinung nach geschichtspolitisch darauf konzentrieren, diejenigen als Menschen zeigen, die Opfer des Nationalsozialismus waren. Und das sehr konkret und immer wieder. Man muss die menschlichen Schicksale konkret machen, man muss die Erinnerungsorte konkret machen. Das ist zwar eine unglaublich banale Antwort, aber anders geht es nicht.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Gedenkstätte Bernburg, 12. April, 17 Uhr

Eröffnung der Sonderausstellung „Das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt in der Zeit des Nationalsozialismus“.

Gardelegen, 13. April, Mahn- und Gedenkstätte

„Isenschnibber Feldscheune“
Veranstaltungen zum 60. Jahrestag des Massakers an über 1.000 Häftlingen, die hier auf dem Todesmarsch erschossen wurden.
14 Uhr: ZeitzeugenInnen-Gespräch unter der Moderation von Dr. Peter Fischer (Zentralrat der Juden in Deutschland); 16 Uhr: Einweihung eines Gedenksteins; 17 Uhr: Gedenkveranstaltung mit Ministerpräsident Wolfgang Böhmer und Hans Coppi, VVN/BdA am Friedhof der Gedenkstätte.

Zielitz/Farsleben bei Wolmirstedt, 15. April

Gedenkfeier für die Toten des Gefangenentransports aus dem Konzentrationslager Bergen-Belsen, der in Zielitz endete. Kontakt: Wahlkreisbüro MdB Waltraut Wolff

Magdeburg, 17. April, 10 Uhr, Theater – Opernhaus

„Als der Krieg zu Ende ging. Magdeburg im Frühjahr 1945.“
Filmmaterial der US-Armee und Zeitzeugengespräche

Magdeburg, 24. April, 15 Uhr, Literaturhaus

Film: „Ich war erst neunzehn“
anschließend Gespräch mit Wladimir Gall, ehemaliger sowjetischer Kulturoffizier

Magdeburg, 2. Mai, 20 Uhr, Eine-Welt-Haus

Film: „Asche und Sand“

Magdeburg, 4. Mai, 10-18 Uhr, Roncalli-Haus

„Juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen und deren Widerspiegelung in der Gedenkkultur des Landes Sachsen-Anhalt“. Konferenz der PDS-Fraktion im Landtag

15. Januar/Magdeburg

Während des Neonazi-Aufmarschs in Magdeburg wird ein Passant von einem bundesweit bekannten Neonazi ins Gesicht geschlagen. Der Passant hatte kurz vor Abschluss der rechten Demonstration neben einer Gruppe von GegendemonstrantInnen gestanden, die die Neonazis mit Parolen bei ihrer Schweigeminute störten.

15. Januar/Gardelegen

(Landkreis Stendal) Vom Neonazi-Aufmarsch in Magdeburg heimreisende Rechtsextremisten pöbeln in einem Zug zwischen Stendal und Braunschweig gegen 19 Uhr einen Mann aus Kuwait mit rassistischen Sprüchen an. Einer der Rechten schlägt den Austauschstudenten mit einer Flasche auf den Kopf. Der 20-Jährige wird u.a. am Auge verletzt. Als der Zug am Bahnhof in Gardelegen hält, erstattet der Betroffene Anzeige und muss ambulant behandelt werden. Eine Gruppe Rechter versucht aus dem Zug zu flüchten. Die Polizei stellt die Personalien von elf Rechten fest, zwei weitere können fliehen. Die Tatverdächtigen kommen aus der rechten Szene Gardelegens und Umgebung

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de findet sich eine ausführliche Fassung der Chronik.

„Wir sehen den Preis als Ermutigung“

Mobile Opferberatung für „Infotour gegen Rechts“ geehrt

Im Rahmen des Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ hat das von der Bundesregierung gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ das Projekt „Infotour gegen Rechts“ der Mobilen Opferberatung mit einem Demokratiepreis ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand am 3. Februar im Stadthaus von Halle statt. Für diejenigen, die an der Preisverleihung nicht teilnehmen konnten, dokumentieren wir Auszüge aus der Dankesrede des Projekts.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe FreundInnen und Freunde,

Zunächst einmal möchten wir ganz schlicht Danke sagen für den Preis, mit dem das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ unsere Arbeit ausgezeichnet hat. Wir sehen den Preis als Ermutigung, weiterhin parteilich die Betroffenen rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt zu unterstützen.

Wir sehen den Preis aber auch als Herausforderung: Wir wollen, dass die Erfahrungen und die Sicht der Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden. Wir denken, dass diese Perspektive gerade auch für politisch Verantwortliche notwendig ist, um effektiv gegen Rechtsextremismus vorzugehen. (...)

Im vergangenen Jahr hat die Mobile Opferberatung in Sachsen-Anhalt insgesamt 109 rechtsextrem oder rassistisch motivierte Gewalttaten registriert. Die fünf hauptamtlichen MitarbeiterInnen und ein halbes Dutzend ehrenamtliche AktivistInnen haben 107 direkt Betroffene und 37 indirekt Betroffene rechter und rassistischer Gewalttaten unterstützt und begleitet: Beispielsweise bei Strafprozessen gegen die Täter, bei Ämtergängen oder bei der Suche nach TherapeutInnen und RechtsanwältInnen. (...)

Den Tätern, ihren Freunden und klammheimlichen oder offenen Sympathisanten müssen Grenzen gesetzt werden. Dabei kann

die Politik die Justiz nicht alleine lassen, sondern ist aufgefordert, politische Zeichen zu setzen. Es ist dringend an der Zeit, Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ein Bleiberecht in Deutschland zu gewähren.

Wir haben festgestellt, dass es in vielen Kommunen Sachsen-Anhalts einen dringenden Bedarf gibt nach Analysen und Informationen über die Ideologien der extremen Rechten, den mal unverhüllten, mal codierten Antisemitismus, den offenen NS-Bezug, aber auch über zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten. Als Konsequenz haben wir die „Infotour gegen Rechts – die Mobile Opferberatung vor Ort“ entwickelt, die im vergangenen Jahr von der Landeszentrale für politische Bildung ko-finanziert wurde. Oft dauern die Diskussionen im Anschluss an den offiziellen Workshop und die Abendveranstaltungen noch lange an. Viele TeilnehmerInnen fühlen sich alleine gelassen. Dabei sind sie diejenigen, die die demokratischen Werte gegen eine rechte Dominanz auf der Straße verteidigen und gegen autoritäre, nationalistische, rassistische und antisemitische Einstellungen vorgehen. (...)

Wir haben in den letzten Wochen mit Interesse die Vorschläge von Ministerpräsident Böhmer verfolgt, der jetzt zu Initiativen gegen Rechtsextremismus im vorpolitischen Raum aufruft. (...) Den vorpolitischen Raum bzw. die Zivilgesellschaft zu unterstützen, ist aber lediglich ein Weg, um Rechtsextremismus und rassistischer Gewalt Grenzen zu setzen. Mindestens genauso entscheidend ist es, die Forderung der extremen Rechten und ihrer WählerInnen nach einem Sachsen-Anhalt und einem Deutschland ohne MigrantInnen und Asylsuchende eine deutliche Absage zu erteilen. Deshalb denken wir, dass die aktuelle Debatte um den schon genannten Aspekt erweitert werden muss: Ein Bleiberecht für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. ■

„Opfer rechter Gewalt“

Wanderausstellung in Magdeburg und Merseburg

Die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt“, in der Porträtfotos und kurze Biografien von über 100 Menschen dokumentiert werden, die seit 1990 in Deutschland Opfer von rechts, rassistisch oder antisemitisch motivierten Tötungsdelikten wurden, wird vom 10. Mai bis zum 10. Juni von der Mobilen Opferberatung und Miteinander e.V. in Magdeburg und Merseburg gezeigt. Einige der Fälle, die die Künstlerin Rebecca Forner gemeinsam mit JournalistInnen und dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz) in Berlin recherchiert hat, erinnern an Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Auch in Sachsen-Anhalt: Tödliche rechte Gewalt

Gezeigt wird beispielsweise ein kurzes Porträt von Torsten Lamprecht, der am 9. Mai 1992 bei einem Überfall von etwa 60 Nazis auf eine Punk-Fete in dem Magdeburger Lokal „Elbterrassen“ mit einem Baseballschläger erschlagen wurde. Erinnert wird auch an Matthias Lüders, der bei einem Überfall von 40 rechten Skinheads auf eine Diskothek in Obhausen am 24. April 1993 zwei Mal brutal mit einem Baseballschläger auf den Kopf geschlagen wurde. Zwei Tage später starb der 23-Jährige an den schweren Verletzungen. Das Landgericht Halle hielt der Polizei damals vor, sie sei vorab von dem Angriff informiert gewesen und habe nicht eingegriffen. Ebenfalls porträtiert wird der 17-jährige Frank Böttcher, der am 8. Februar 1997 in Magdeburg-Olvenstedt von einem Naziskinhead an einer Straßenbahnhaltestelle erstochen wurde. Frank Böttcher starb, weil ihm als junger Punk das Recht zu leben abgesprochen wurde.

Der fünfte Todestag von Alberto Adriano

Weitere Fotos erinnern an die Opfer seit der Jahrtausendwende: An Helmut Sackers, der am 29. April 2000 in einem Plattenbau in Halberstadt von einem rechten Skinhead erstochen wurde, nachdem der 60-Jährige

wenige Stunden zuvor die Polizei gerufen hatte, um das lautstarke Abspielen des Horst-Wessel-Liedes aus der Wohnung des Skinheads anzuzeigen. Und an Alberto Adriano, der im Juni 2000 von drei Nazis im Dessauer Stadtpark tödlich verletzt wurde und dessen Todestag sich am 14. Juni 2005 zum fünften Mal jährt.

Auch das Schicksal von Willi Worg wird dokumentiert. Der alkoholranke Mann wurde in der Nacht zum 25. März 2001 in Milzau von fünf jungen Männern im Alter zwischen 14 und 23 Jahren vor einer Diskothek zusammengeschlagen und getreten. Drei Tage nach dem Angriff starb Willi Worg an seinen schweren Verletzungen. Die Ermittlungsbehörden rechneten drei der Angreifer zur rechten Szene. Am 13. November 2001 wurden alle fünf Tatbeteiligten wegen Mordes und Beihilfe zu Mord in erster Instanz zu Haft- und Jugendstrafen zwischen acht und vier Jahren verurteilt. In der mündlichen Urteilsbegründung betonte das Gericht: „Erst in der Gruppe, die Gewalt und die Morde der Altvorderen verherrlicht, bekamen sie die Einstellung, eine solche furchtbare Sache zu machen.“ Geltungsbedürfnis und falsch verstandene Kameradschaft, gepaart mit Menschenverachtung und Gleichgültigkeit hätten zu der Tat geführt.

Führungen für Schulklassen

Für Schulklassen werden kostenlose Führungen durch die Ausstellung angeboten. Anhand von Video- und anderem Material können die Schicksale einzelner Opfer rechter Gewalt und die Umstände ihres Todes erarbeitet werden. Voranmeldungen unter: Tel.: 0391/5 44 67 10, Fax: 0391/5 44 67 11 oder: opferberatung.md@miteinander-ev.de

Auf der Website www.mobile-opferberatung.de werden ab April Ort und Begleitprogramm zu den Ausstellungsorten Magdeburg und Merseburg veröffentlicht. ■

In der Nacht zum 12. Januar versuchen Unbekannte das Haupthaus des „Alternativen Kulturwerkes Bitterfeld“ durch zwei mit Benzin gefüllte Flaschen in Brand zu setzen. In dem Alternativen Kulturwerk halten sich zu diesem Zeitpunkt eine größere Anzahl von BesucherInnen auf. Örtliche AntifaschistInnen gehen davon aus, dass es sich bei dem versuchten Brandanschlag um einen Einschüchterungsversuch der neonazistischen „Bruderschaft Bitterfeld“ und deren Umfeld gegen das linke Jugendzentrum handelt.

14. Februar/Tangerhütte

(Landkreis Stendal) Ein 37 Jahre alter Mann aus Nigeria wird mittags von vier polizeibekanntem Rechten in der Regionalbahn von Stendal nach Tangerhütte rassistisch beleidigt. Die vier Rechten im Alter zwischen 20 und 25 Jahren kommen von einer Gerichtsverhandlung in Stendal, bei der einer von ihnen wegen Volksverhetzung verurteilt worden ist. Als der Regionalexpress in Tangerhütte anhält, zerren die Männern den Nigerianer mit Gewalt aus dem Zug. Dort schlagen und treten sie auf ihn ein und schlagen ihm eine leere Bierflasche auf den Kopf. Der Betroffene erleidet eine Platzwunde, etliche Hämatome und Hautabschürfungen am Körper. Das Zugpersonal verständigt die Polizei, der es wenig später gelingt, die vier Rechten festzunehmen. Gegen die Angreifer wird Haftbefehl erlassen.

Qualifizierungsseminar zum geplanten Antidiskriminierungsgesetz

Seit dem Jahr 2000 sind die Mitgliedsstaaten der EU dazu verpflichtet, ein Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen. Mitte Dezember vergangenen Jahres hat die Bundesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgestellt. In Kürze ist mit der Verabschiedung dieses Gesetzes zu rechnen.

Ein Qualifizierungsworkshop in der Geschäftsstelle von Miteinander e.V. in Magdeburg will einen Einstieg in das Thema bieten. Dabei werden die ReferentInnen das in Deutschland zu erwartende Antidiskriminierungsgesetz vorstellen und die Bereiche seiner Anwendung anhand von Beispielfällen vermitteln. Zudem sollen die Folgen für die tägliche Arbeit abgeschätzt und diskutiert werden. Die ReferentInnen haben das Seminarprogramm im Rahmen des Projekts „Clou – Chancengleichheit lokal umsetzen“ in Brandenburg im Jahr 2004 sechs Mal erfolgreich durchgeführt und durch Praxisbeispiele immer wieder um aktuelle Fälle ergänzt.

Der Qualifizierungsworkshop richtet sich an diejenigen, die im Rahmen ihrer Arbeit in der Region Magdeburg und Umland mit Menschen zu tun haben, die auf Grund ihres „Nicht-Deutsch-Seins“ oder ihres „Nicht-Deutsch-Aussehens“ potenziell dis-

kriminieren werden. Er richtet sich an diejenigen, die Diskriminierung verhindern wollen oder – sofern sie erfolgt – erfolgreich gegen diese vorgehen wollen. Der Qualifizierungsworkshop ist speziell auf die Bedürfnisse von MitarbeiterInnen von (Migrations-) Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsheimen, kommunale Ausländer- oder Gleichstellungsbeauftragte und Ehrenamtliche im Bereich von Flüchtlingsarbeit zugeschnitten. Bei großem Interesse soll der Qualifizierungsworkshop auch in den Regionen Halle und im Altmarkkreis angeboten werden.

Die Teilnahme ist kostenlos. Das Seminar wird durch die Landeszentrale für politische Bildung gefördert.

„Neue Perspektiven in der Antidiskriminierungsarbeit? – Möglichkeiten und Grenzen in der Praxis durch das geplante Antidiskriminierungsgesetz“

13. April 2005, 10:30 – 17:30 Uhr
Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg
Um Anmeldung wird gebeten:
opferberatung.md@miteinander-ev.de
Tel.: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Vor Ort: Wernigerode

Die „Infotour gegen Rechts“ startet am **20. April** in Wernigerode mit einem Workshop für MultiplikatorInnen und Ehrenamtliche zu den Schwerpunkten „Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt“ sowie „Handlungsmöglichkeiten in Schulen und Jugendeinrichtungen, die mit rechten Jugendlichen und jungen Erwachsenen konfrontiert sind“. Am Abend findet eine öffentliche Informationsveranstaltung mit einem Referenten des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums e.V. unter dem Motto „RechtsRock – Begleitmusik zu Mord und Totschlag“ zu rechter Musik und rechtsextremen Lifestyles statt.

Für den Workshop wird um Anmeldung gebeten unter:

Tel.: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11
opferberatung.md@miteinander-ev.de
Nähere Informationen zum Veranstaltungsort stehen ab Anfang April unter:
www.mobile-opferberatung.de

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilien Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt“ erscheinen sechs Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
c/o Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

opferberatung.md@miteinander-ev.de
Tel.: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Über Geld und Spenden:

Spenden sind jederzeit willkommen. Sie werden ausschließlich für die direkte Projektarbeit eingesetzt. Wünsche der SpenderInnen über die Mittelverwendung werden selbstverständlich befolgt. SpenderInnen werden regelmäßig über die Arbeit des Mobilien Opferberatung informiert, u.a. durch einen Jahresbericht und Materialneuerscheinungen.

Die Mobile Opferberatung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Miteinander e.V.; Spenden sind daher steuerlich absetzbar. Auf Wunsch erhalten Sie eine Spendenbescheinigung zugeschickt.

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konto-Nr.: 8473400, BLZ: 810 205 00
Kontoinhaber: Miteinander e.V.
Verwendungszweck: Mobile Opferberatung (bitte angeben)

Impressum

Herausgeber:
Mobile Beratung für Opfer
rechtsextremer Gewalt
c/o Miteinander e.V.
Projektleitung und Koordination
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11
opferberatung.md@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:
Heike Kleffner (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

Gestaltung: www.flmh.de

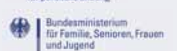
getragen von:



diese Ausgabe wird
auch gefördert von:



gefördert von:



im Rahmen von

